

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Ausschuss für Sport, Bäder und
Eventmanagement (zur Kenntnis)

Nr. 2406/2023

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Teilhabe der Landeshauptstadt Hannover an möglichen Olympischen Spielen und Paralympischen Spielen in Deutschland

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) prüft derzeit die Rahmenbedingungen für eine deutsche Olympiabewerbung. Die Landeshauptstadt Hannover wäre als möglicher Standort für die Durchführung von Olympischen Spiele wie auch der Paralympischen Spiele in Deutschland sehr gut geeignet. Neben der zentralen Lage im überregionalen Verkehrsnetz auf den Nord-Süd- und West-Ost-Achsen, dem Anschluss an internationale Reisewege durch den Hannover Airport hält die Landeshauptstadt Hannover ein hervorragendes ausgebautes Netz des öffentlichen Personennahverkehr vor. Zudem hat Hannover umfangreiche Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ausrichtung von Großveranstaltungen. In enger Zusammenarbeit von Verwaltung und den hiesigen Partner*innen wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Ereignisse realisiert, darunter die FIFA-WM 2006, der Deutsche Evangelische Kirchentag 2005, die U21 Handball WM 2023 sowie zahlreiche Großkonzerte und kulturelle Highlights.

Die Ausrichtung von Teilen der Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele in Hannover kann einen nachhaltigen positiven Effekt auf die Sanierung vorhandener Sportstätten, Veranstaltungsorte und deren Infrastruktur haben. Zudem ist mit spürbaren Impulsen in der hiesigen Sportlandschaft und Sportbegeisterung in Hannover zu rechnen. Aus diesem Grund verfolgt die Verwaltung den derzeitigen Klärungsprozess einer möglichen Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele genau und steht dazu im engen Austausch mit dem Landessportbund (LSB) Niedersachsen e.V. und dem DOSB. Ziel ist es dabei, ein möglichst genaues Bild vom Verfahrensstand zu gewinnen und Hannover bereits in dieser frühzeitigen Phase als Standort ins Spiel zu bringen. Die Verwaltung wird über den weiteren Fortgang berichten.

Aktueller Verfahrensstand

Der DOSB erarbeitet derzeit im Rahmen eines ergebnisoffenen Dialog- und Informationsprozesses Rahmenbedingungen für eine mögliche deutsche Bewerbung um

Olympische und Paralympische Spiele. Beauftragt wurde der DOSB damit auf seiner Mitgliederversammlung im Dezember 2022. Für diesen Zweck wurde beim DOSB ein Bewerbungsbüro eingerichtet, das den Prozess steuert. Begleitet wird der Prozess von einem Expert*innengremium, in dem u.a. der LSB Niedersachsen durch seinen Präsidenten Andre Kwiatkowski vertreten ist.

Der neue strategische Ansatz für die Bewerbung setzt nach den an Bürger*innenentscheiden gescheiterten Versuchen der letzten Jahre auf Aufklärung, Transparenz, Information und Partizipation in möglichst allen Bereichen der Gesellschaft. Dazu gehört, dass der DOSB – bevor er sich intensiver mit Jahreszahlen, Austragungsorten und einer finalen Bewerbung beim Internationalen Olympischen Komitee beschäftigt – die Erwartungshaltung der gesamten Gesellschaft an Olympische und Paralympische Spiele klären möchte.

Mit digitalen Fachtalks und analogen Dialogforen sowie einem konstanten Diskurs werden die Erwartungshaltung der Bürger*innen, die von Politik, Kultur und den Sportler*innen an Spitze und Basis geklärt. Die Ergebnisse dieses Beteiligungsverfahrens werden am 02. Dezember 2023 auf der Mitgliederversammlung des DOSB in Frankfurt vorgestellt. Sie dienen anschließend als Grundlage für die Entwicklung eines deutschen Bewerbungskonzepts, das im Frühjahr 2024 fertiggestellt werden soll. Der DOSB ist in diesem Prozess auf Berlin, Hamburg, Leipzig, München und Nordrhein-Westfalen als mögliche Austragungsorte zugegangen, um mit denen gemeinsam über das beste Konzept mit den höchsten Erfolgchancen zu beraten. Eine deutsche Olympia-Bewerbung wäre frühestens für Sommer 2036 und 2040 oder für Winter 2038 und 2042 denkbar.

Die Ergebnisse des Dialogprozesses werden in die sogenannte "Frankfurter Erklärung" einfließen, die am 2. Dezember auf der Mitgliederversammlung des DOSB präsentiert und verabschiedet werden soll. Im Mai 2024 könnte eine Stadt bzw. Region als Trägerin der deutschen Bewerbung und das angepeilte Olympia-Jahr benannt werden. Ende 2024 oder 2025 würde es dann Bürger*innenentscheide in der ausgewählten Stadt oder Region mit einem finalen Votum zu einer Kandidatur geben. Ein bundesweites Referendum ist nicht geplant.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Von einer Teilhabe der Landeshauptstadt an den Olympischen und Paralympischen Spiele profitieren alle gesellschaftlichen Gruppen in gleicher Weise.

Kostentabelle

Es entstehen derzeit keine finanziellen Auswirkungen.

52
Hannover / 21.11.2023